
DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 08/08

1. “Wie kommen deutsche Gewehre nach Georgien?”

Unter diesem Titel erschien am 18. August 2008 eine Reportage bei „Report Mainz“ (im Internet einsehbar unter: <http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=3743458/18nh311/index.html>) in der auf die Verwendung von deutschen Sturmgewehren des Typs G36 durch georgische Verbände hingewiesen wurde. Das Problem: Laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung wurden niemals solche Waffen nach Georgien exportiert. Oder anders ausgedrückt: der Antrag zum Export von 230 Exemplaren dieser Waffe, der im Jahr 2006 gestellt wurde, ist seinerzeit nicht genehmigt worden. Wie diese Waffen dennoch in die Krisenregion gelangen konnten, ist bisher unklar. Die Illegalität dieses Vorgangs wird im Interview

u.a. vom RIB-Vorsitzenden Jürgen Grässlin betont. Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit, weist auf die Probleme der deutschen Rüstungsexportkontrolle hin, die die Existenz dieser Waffen offenbart. Und MdB Christian Ströbele (Bündnis '90/Die Grünen) fordert vor diesem Hintergrund ein Aussetzen aller (!) deutschen Rüstungsexporte.

Ein solcher Akt würde an der traurigen Existenz deutscher Waffen in vielen Krisen- und Kriegsgebieten nichts ändern können. Trotzdem wäre es sehr zu begrüßen, da zu hoffen wäre, dass sich künftig keine entsprechenden Vorfälle mehr ereignen können.

2. Mercedes-Lkw für Georgiens Raketenwerfer

Otfried Nassauer (BITS) weist in einem Artikel für den „Tagesspiegel“ auf Probleme hin, die mit dem Export von Dual-Use-Produkten verbunden sind. In diesem Fall handelt es sich um geländegängige LKW der Marke Actros 3341, die von Mercedes-Benz produziert werden. Der Export solcher Fahrzeuge ist, auch wenn sie vielfach für militärische Zwecke genutzt werden, nicht genehmigungspflichtig, denn Autos schießen ja nicht.

Nun sind Bilddokumente aufgetaucht, dass nach Georgien gelieferte Fahrzeuge diesen Typs mit Raketenwerfern israelischer Provenienz bestückt wurden. - Und auf diese Weise wurde in sehr kurzer Zeit aus einem Auto eine motorisierte

Abschussrampe für Streubomben. Im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung tauchen solche Geschäfte nicht auf, da ja keine Rüstungsgüter exportiert wurden.

Auch in diesem Fall muss sich die Bundesregierung wieder einmal die Frage gefallen lassen, wie sie für sich in Anspruch nehmen kann, eine restriktive Rüstungsexportpolitik zu betreiben, wenn gleichzeitig solche Geschäfte möglich sind. Der Artikel findet sich im Internet auf der Seite des BITS (www.bits.de) und unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/Ruestungsexporte-Waffenlieferungen-Georgien;art771,2600242>

3. Die Folgen der EU-Nachbarschaftspolitik in Georgien

Der Krieg zwischen Georgien und Russland kam überraschend, auch wenn die Möglichkeit dieses Konflikts schon mehrfach vorhergesagt worden ist. Deshalb ist es weder notwendig, das Geschehen als „the official return of history“ überzuinterpretieren, wie es Robert Kagan in seinem Beitrag „Putin makes his move“ für die Washington Post getan hat (im Internet einsehbar unter:

<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/08/10/AR2008081001871.html>), noch ist es notwendig, die „lange Vorgeschichte“ des Konflikts zu betonen und eine Analogie mit dem Einmarsch russischer Truppen in Georgien im Jahr 1920 zu ziehen, wie es Thomas Urban in seinem Artikel „Plan mit Folgen“ für die Süddeutsche Zeitung tut (im Internet einsehbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/965/305930/text/>).

Das „Institut für Europäische Politik“ (IEP) hat im Rahmen seines Projekts „EU-27 Watch“ bereits im März 2008 eine Studie veröffentlicht (im Internet einsehbar unter: <http://www.iep-berlin.de/index.php?id=623>), in der auf die Gefahren der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) im Kaukasus hingewiesen wurde (vgl. ebd. S. 108ff.).

Seit 2004 nimmt Georgien, wie auch Armenien und Aserbaidschan, an diesem Programm teil, das eine partielle Integration Georgiens in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) vorsieht. Sowohl die georgischen

Polizeikräfte als auch die georgischen Grenztruppen erhalten seitdem Unterstützung durch die Europäische Union, um die Sicherheitslage zu verbessern (Bekämpfung von transnationaler, organisierter Kriminalität, internationalem Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen usw.) und die territoriale Integrität Georgiens sicherzustellen. Als Problem wurde dabei – ganz im Einklang mit den Grundsätzen der Gemeinsamen Aktion des Rates 2002/589/CFSP – die massenhafte Anhäufung von kleinen und leichten Waffen in Georgien erkannt und Hilfe bei der Demilitarisierung durch die EU in Aussicht gestellt (vgl. das „Country Strategy Paper: Georgia (2007-2013)“ der Europäischen Kommission – im Internet einsehbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_georgia_en.pdf).

Parallel zur Vernichtung überschüssiger Waffen scheint es im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik jedoch für notwendig erachtet worden zu sein, Waffenexporte nach Georgien auf den Weg zu bringen. Allein aus Tschechien sollen laut Angaben von SIPRI zwischen 2003 und 2007 Kriegswaffen im Wert von 60 Millionen Euro nach Georgien geliefert worden sein.

Der Fall Georgien veranschaulicht damit paradigmatisch, dass sich die Bemühungen der EU strukturell widersprechen können. Waffen einsammeln, um sie dann durch neue zu ersetzen, das klingt jedenfalls nicht nach einer nachhaltigen Politik.

4. Ein „heißer Herbst“: Aktionen und Veranstaltungen

Zahlreiche Veranstaltungen stehen in den nächsten Wochen an, bei denen man sich über die Folgen deutscher Rüstungsproduktion und deutscher Rüstungsexporte informieren kann. Den Auftakt bildet dabei natürlich der Anti-Kriegs-Tag „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ am 1. September 2008. Das Gedenken an den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, der am 1. September 1939 begann, ist ein trauriger Anlass um sich der traurigen Realität der deutschen weltweiten Beteiligung an Kriegen aller Art zu stellen. Jürgen Grässlin (DAKS-Sprecher und Vorsitzender des Rüstungs-

InformationsBüros) wird an diesem Tag um 19.30 Uhr im Gewerkschaftshaus in Mannheim (Hans-Böckler-Str. 1) einen Vortrag mit dem Titel „Zivilgüter statt Streumunition“ halten. Die Folgen deutscher Rüstungsproduktion und deren Alternativen werden darin benannt.

Am 7. Oktober 2008 richtet die Volkshochschule Konstanz (Astoria-Saal / 19.30 - 21.00 Uhr) eine Veranstaltung aus, die sich dezidiert den mit der Rüstungsproduktion in Baden-Württemberg verbundenen Problemen stellt. Jürgen Grässlin wird dort deutlich machen, dass

das Land Baden-Württemberg (das sowohl den Kleinwaffen-Produzenten „Heckler & Koch beheimatet wie auch den führenden deutschen Produzenten von (Groß-) Waffen-Systemen, die Daimler AG) einen großen Anteil daran trägt, dass Deutschland in den vergangenen Jahren zum größten Exporteur von Rüstungsgütern innerhalb der EU werden konnte.

Die VHS Singen wiederum bietet am 8. Oktober ebenfalls unter Beteiligung von Jürgen Grässlin den Raum, um sich mit den fragwürdigen Geschäftspraktiken der Daimler AG auseinanderzusetzen. Diese Vortrags- und Diskussionsveranstaltung findet im Vortragssaal E 6 der Volkshochschule statt (ebenfalls von 19.30 - 21.00 Uhr).

5. Probleme der Kleinwaffenkontrolle: Interview mit Andreas Weigel

Andreas Weigel ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die SPD im Verteidigungsausschuss. – Die Fragen stellte Fabian Sieber.

1. Am 18. Juli 2008 ist in New York das mittlerweile dritte “Biennial Meeting of States on Illicit Trade in Small Arms“ zu Ende gegangen. Ziel dieser Veranstaltung ist es, Instrumente zu entwickeln, die den illegalen Handel mit kleinen und leichten Waffen einschränken. Nun ist „Illegalität“ keine ethisch-moralische Beschreibung, sondern eine rechtliche. Angesichts der seit mehreren Jahren konstant hohen Rüstungsexporte der Bundesrepublik Deutschland stellt sich natürlich die Frage, was macht Waffen zu illegalen Waffen?

Mit dem Kriegswaffenkontrollgesetz, dem Außenwirtschaftsgesetz und den im Jahr 2000 erlassenen „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ verfügt Deutschland über ein im internationalen Vergleich sehr restriktives Rüstungsexportregime. Waffen werden dann zu illegalen Waffen, wenn sie in die falschen Hände geraten. Besonders problematisch ist es, wenn kleine und leichte Waffen unkontrolliert von nichtstaatlichen Akteuren, wie etwa von terroristischen Gruppierungen, erworben werden. Der illegale Handel mit dieser Waffengattung, zu der Maschinenpistolen, Gewehre und Panzerfäuste zählen, blüht.

2. Die größten Industrienationen – die USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Russland – sind gleichzeitig für rund 80% des weltweiten Handels mit konventionellen Rüstungsgütern verantwortlich. Welche internationalen Abkommen sind notwendig, damit diese Länder ihren Handel einschränken und was kann in nationaler Eigenverantwortung geschehen?

Welche Aufgaben hat die Europäische Union in diesem Zusammenhang?

Die SPD-Bundestagsfraktion spricht sich für die rasche und zielorientierte Verhandlung über ein internationales Waffenhandelsabkommen aus. Gemeinsam mit zahlreichen Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus aller Welt habe ich eine Erklärung zu einem neuen weltweiten Abkommen zur Kontrolle des Handels mit konventionellen Rüstungsgütern („Arms Trade Treaty“) unterzeichnet. Wir fordern die UN-Mitgliedstaaten darin auf, bei dem geplanten Kontrollvertrag keine Lücken und Ausnahmeregelungen zuzulassen. Nur so können unverantwortliche Rüstungstransfers künftig wirklich unterbunden werden. Die Erklärung wurde gemeinsam mit Amnesty International, Oxfam und dem Aktionsnetz gegen Kleinwaffen (IANSAs) initiiert.

3. Die SPD-Ortsgruppe Waldkirch hat am 1.8.2007 eine Erklärung veröffentlicht, die ein grundsätzliches Verbot von Waffenexporten fordert. Wie stehen Sie zu dieser „Waldkircher Erklärung“?

Ich halte nichts von einem grundsätzlichen Verbot von Waffenexporten. Bewohner von Konfliktregionen und Krisengebieten haben ein legitimes Interesse an Sicherheit. Diese Einsicht macht in manchen Fällen die Lieferung auch von Kleinwaffen an Polizei oder andere staatliche Sicherheitskräfte erforderlich. Allerdings müssen sich derartige Exporte ausnahmslos auf staatliche Akteure beschränken und auch nur auf solche, die den Menschen tatsächlich Schutz vor Gewalt bieten. Es kann nicht sein, dass, wie in der Vergangenheit geschehen, deutsche Unternehmen Kleinwaffen an private Sicherheitsanbieter im Irak liefern oder dass Lizenzen zur

Herstellung solcher Waffen in Drittstaaten verkauft werden und damit nicht mehr kontrollierbar sind. Das internationale Regelwerk muss diesbezüglich noch präzisiert und erheblich verschärft werden.

4. Kleinwaffen haben eine sehr lange Lebensdauer und sind oft auch nach jahrzehntelangem Einsatz noch verwendungsfähig. Die Bundesregierung hat deshalb vor einigen Jahren den Grundsatz „Neu für Alt“ verabschiedet. Was bedeutet das und wie hat sich dieser Grundsatz in der Praxis bewährt?

Ich denke schon, dass es ein wachsendes globales Bewusstsein für das Kleinwaffen-

problem gibt. Hinsichtlich der Zerstörung alter Waffen- und Munitionsbestände passiert aber auch heute sicherlich noch nicht genug. Im europäischen Rahmen konnten wir allerdings durchaus einige Fortschritte verbuchen. Deutschland hat im Laufe der vergangenen Jahre die Vorgaben des UN-Prozesses umgesetzt. So wurde etwa mit der Zerstörung von Kleinwaffen in Lagerbeständen begonnen, darunter knapp eine halbe Millionen überschüssige G3-Gewehre. Die Bundeswehr leistet auch in anderen Ländern viel Unterstützung bei der Zerstörung von alten oder überflüssigen Waffen.

Vielen Dank für dieses Interview!

6. Neue europäische Perspektiven der Rüstungsindustrie

Die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union geben pro Jahr rund 205 Milliarden Euro für ihre „Verteidigung“ aus. Damit finanzieren sie ein stehendes Heer von knapp 2 Millionen Soldaten (zum Vergleich: die USA begnügen sich mit rund 1,4 Millionen Soldaten; Russland kommt sogar mit nur 1 Million Soldaten aus). Diesen stehen annähernd 10.000 Panzer und 2.500 Kampflugzeuge zur Verfügung (Stand 2006). – Das alles genügt jedoch nicht.

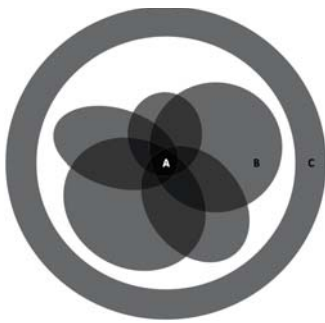
Zu diesem Schluss kommt zumindest die im Juli der Öffentlichkeit vorgestellte Studie „Re-energising Europe’s Security and Defense Policy“ des „European Council on Foreign Relations“ (im Internet einsehbar unter: http://ecfr.3cdn.net/c66a5b8b70f2e804a0_6xm6iywb0.pdf).

Analyse und Forderungen dieser Studie lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Die EU ist globaler Akteur, der global Verantwortung übernehmen muss. „Verantwortung“ bedeutet auch Interessendurchsetzung und dafür ist, so wird in der Einleitung herausgearbeitet, „soft power“ nicht genug. Um die benötigte „hard power“ aufzubauen, sei es, nach dem Scheitern des EU-Grundlagenvertrags in der irischen Volksabstimmung, deshalb nun an der Zeit, ein militärisches Kerneuropa zu gründen. Über die Teilnahmebedingungen kann noch diskutiert werden, Staaten die ernsthafte Absichten an einer funktionierenden „Europäischen Verteidigungspolitik“ haben, könnten jedoch daran erkannt werden, dass sie mindestens 1% ihres

Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben bereitstellen (die entsprechenden deutschen Ausgaben betragen 2007 etwa 1,1% des BIP) und mindestens 1% ihrer Soldaten weltweit einsetzen können. (Die Bundeswehr gibt keine Auskunft darüber, wie viele ihrer 247.712 Soldaten sie weltweit einsetzen kann, da derzeit aber allein in Afghanistan rund 3000 Soldaten eingesetzt werden (rund 1,1%) erfüllt Deutschland auch dieses Kriterium.)

Unter Anwendung dieser Kriterien würden Bulgarien, Griechenland, Irland, Luxemburg, Malta, Österreich und Zypern nicht an einem militärischen Kerneuropa teilnehmen dürfen. Alle teilnehmenden Länder stünden jedoch in der Verantwortung, ihre Militärausgaben zielgerichteter einzusetzen.

Was das bedeutet, lässt sich wohl nur schwer in einfachen Kriterien definieren, wodurch an diesem Punkt das Spielfeld der realpolitischen Entscheidungsfindung betreten wird. Nick Witney nennt an dieser Stelle keine weiteren Staaten, die für eine militärische Kooperation in Frage kämen – vielmehr geht er von einem komplexen In- und Miteinander verschiedener Interessengruppen aus (vgl. Schaubild – entnommen aus der zitierten Studie, S. 26), an dessen Ende eine Kooperation stehen könnte.



Für Witney, bis 2004 Vorsitzender der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), besteht eine Gretchenfrage sicherlich darin, wie sich die kooperationsfähigen Staaten zur Arbeit der EDA positionieren. Diese soll im militärischen Kerneuropa sowohl die Beschaffung als auch die Entwicklung von Waffen zentral steuern. Mittelfristig soll dies zu mehr Ausgabeneffizienz führen, so dass künftig nicht mehr fünf verschiedene Boden-Luft-Raketen-Typen, drei verschiedene Kampfflugzeug-Typen, sechs verschiedene U-Boot-Typen und mehr als 20 verschiedene Typen gepanzerter Truppen-transportfahrzeuge entwickelt werden sollen, sondern je ein gemeinsames Modell. Diese Einsparungen würden jedoch nicht zu einer Senkung der Verteidigungshaushalte führen, da diese mindestens 1% des BIP betragen müssen. Stattdessen würden jedoch pro Soldat mehr Investitionsmittel zur Verfügung stehen. Vorbild sind hier die USA, die im Jahr 2006 mehr als 100.000 Euro pro Soldat ausgegeben haben, während die entsprechenden Ausgaben in Europa durchschnittlich bei „nur“ knapp 20.000 Euro lagen (in Deutschland: 19.297 Euro).

Die Rüstungsindustrie in Europa stünde durch diese Pläne zwar vor einer Umstrukturierung (Konzentrationsdruck durch Marktkonsolidierung), die Großunternehmen, die sich durchsetzen, könnten am Ende jedoch mit ähnlich hohen Gesamtinvestitionssummen rechnen wie bisher – nur die verkauften Stückzahlen wären prinzipiell höher, da nicht mehr nur eine Armee ausgerüstet werden würde, sondern alle Armeen der kooperierenden Staaten. Auch der Rüstungsmarkt im Bereich militärischer Kleinwaffen könnte unter diesen Vorzeichen vor einer Neuordnung stehen. Schon heute teilen sich im Wesentlichen zwei Unternehmen den Markt für diese Waffen: Die belgische Firma FN Herstal und das deutsche Unternehmen Heckler & Koch. Kleinere Anbieter, wie die entsprechenden Sparten von

Rüstungsgiganten wie BAE Systems oder der französischen GIAT stehen in diesem Sektor seit jeher unter erheblichem Druck. Schon in den vergangenen Jahren wurde deshalb immer wieder über Fusionen und Kooperationen in diesem Marktsegment spekuliert. Auch wenn entsprechende Einigungen bisher nicht erfolgt sind, könnte die Entwicklung durch eine Integration des „Europäischen Marktes für Rüstungsgüter“ erneut Impulse erhalten.

Joschka Fischer, ebenfalls Mitglied des „European Council on Foreign Relations“, hat Witneys Thesen explizit begrüßt (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30.7.2008) und damit erneut seine Präferenz für eine europäische Einigung unter militärischen Vorzeichen zu erkennen gegeben (vgl. etwa Fischers Bewertung des NATO-Gipfels in Bukarest in der „Zeit“ – im Internet unter:

<http://www.zeit.de/online/2008/15/joschka-fischer-montagskolumne?page=all>).

Unter friedensethischer Perspektive scheint eine solche „Integration“ jedoch eher ein „worst case“-Szenario, da ein europäisches Rüstungskontrollgremium, das mit der „Europäischen Verteidigungsagentur“ vergleichbar wäre, nicht existiert. Die Förderung von Rüstungsindustrie und Militär scheint momentan also ein sehr einseitiges Geschäft.

Demgegenüber müssen Abrüstungsbemühungen verstärkt werden, wie sie z.B. in Initiativen wie „Fünf für Frieden!“ Ausdruck gefunden haben. (Weiterführende Informationen im Internet unter: http://www.rib-ev.de/?page_id=213) Darauf bezugnehmend forderte bereits 1998 die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis '90/Die Grünen: „... Der Verteidigungshaushalt soll jedes Jahr um mindestens fünf Prozent reduziert werden. Ein Teil des freiwerdenden Geldes wird einem eigens für diese Maßnahmen einzurichtenden Bundesamt für »Abrüstung, Konversion und zivile Konfliktbearbeitung« zur Verfügung gestellt.“ (siehe im Internet unter: http://www.juergengraesslin.com/index.php?seite=fuenf_fuer_frieden.htm)

Passiert ist seitdem wenig, doch angesichts der europäischen Perspektiven der Rüstungsindustrie ist es nun an der Zeit, diese Impulse in die Realität umzusetzen.

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: daks-news@rib-ev.de
Web: http://www.rib-ev.de/alte_RIBseite/daks/index.htm

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Frankfurt
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ (angesiedelt beim RüstungsInformationsBüro RIB e.V.) und



Friedenszentrum
Braunschweig

